

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/40

Bonn, den 27. Februar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Deutsche Politik aus einem Guß

60

Gemeinden, Länder und Bund Hand in Hand
Zur Parlamentarierkonferenz der SPD

3 - 4

Neue Perspektiven für den Wohnungsmarkt

96

Die Devise lautet: "Wachstum und Aufschwung nach Nord"

Von Klaus Rusticus

5 - 6

Das politische Buch:

66

Plädoyer für Europa

Großbritannien und die EWG

Von Egon C. Heinrich

+ + +

Deutsche Politik aus einem Guß

Gemeinden, Länder und Bund Hand in Hand

Zur Parlamentarierkonferenz der SPD

ep - Die große Parlamentarierkonferenz der Sozialdemokratie erbrachte den Beweis, daß die Abgeordneten aus den Gemeinden, den Ländern und dem Bund auch dann die wichtigsten Probleme der deutschen Politik vorausschauend diskutieren, wenn die Partei maßgebend an der Staatsführung beteiligt ist. Wenn Auguren erwartet hatten, die Delegierten dieser Konferenz würden sich damit begnügen, auf Appelle ihrer Minister zu warten, mußten sie enttäuscht sein. Auch jetzt vorsteht sich die Sozialdemokratie als vorwärtstreibende Kraft, die unverrückbar das Ziel anstrebt, den demokratischen Staat zu sichern und der Bundesrepublik Deutschland ein solides Fundament zu geben.

In den Hauptreferaten zur Finanz- und Wirtschaftspolitik, zu den Problemen der Bildungs- und Verkehrspolitik und unseres Gesundheitswesens wurden sowohl Bestandsaufnahme als auch Perspektiven für die Zukunft dargestellt. In den Arbeitsgemeinschaften ging es dann um das Detail. Dort wurden die einzelnen Aspekte durch insgesamt etwa 70 Diskussionsbeiträge von hoher Qualität beleuchtet; es wurden Forderungen gestellt und Überlegungen erörtert, wie unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Finanzlage der Gemeinden, der Länder und des Bundes vernünftig gewirtschaftet werden kann.

Eines der wichtigen Merkmale dieser Konferenz war wohl der Hinweis darauf, daß die deutsche Politik auf allen entscheidenden Gebieten in harmonischer Ergänzung die Aufgaben von Gemeinden, Ländern und Bund zu einer Gesamtleistung zusammenfügen muß. Eine moderne Industrienation kann es sich nicht leisten, Sozial- und Wirtschaftspolitik, Gesundheits- und Verkehrspolitik und erst recht nicht das Bildungswesen voneinander getrennt zu betrachten. Hier müssen alle Versuche und Anstrengungen zur Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben aufeinander abgestimmt werden. Niemand leugnet, daß es in der pluralistischen Gesellschaft natürlich auch pluralistische Interessen gibt. Aber jeder verantwortliche Politiker - ganz gleich, ob er

in einer Gemeinde, in einem Land oder im Bund in der Verantwortung steht - ist sich heute bewußt, daß große Ziele nur erreicht werden können, wenn Gruppeninteressen dem Ganzen untergeordnet werden.

Für die Sozialdemokratie ist dieser Grundsatz nicht neu. Er gehört seit jeher zum Wesen ihrer Politik. Deshalb kennt man bei der SPD auch nicht die oft in anderen gesellschaftlichen Gruppen beobachtete Betrachtungsweise eines Problems von "denen da unten" und "denen da oben". So ergab sich zum Beispiel auch auf dieser Konferenz, für die Außenstehenden vielleicht verblüffend, daß die jetzt in der Regierungsverantwortung stehenden Persönlichkeiten die zu lösenden Probleme der deutschen Innen- und Außenpolitik in der gleichen Weise darstellten wie in der Zeit, in der die SPD noch in der Opposition war. Auch das ist nicht verwunderlich, denn schon bei der Aufstellung ihrer Regierungsprogramme in den Wahlkämpfen zu den Bundestagswahlen 1961 und 1965 hat die Sozialdemokratie mit Sachverstand und ohne jede Übertreibung dargelegt, welche Politik für die Bundesrepublik erforderlich ist.

Daraus ergibt sich, daß die SPD heute ihre Kontinuität des politischen Willens auch in der Regierungsverantwortung ohne jede Einschränkung wahren kann. Sie braucht kein Wort von dem zurückzunehmen, was sie jemals in der Opposition gesagt und gefordert hat.

Dem aufmerksamen Beobachter der Konferenz wird sicher auch nicht entgangen sein, daß es für die SPD keine Scheidewand zwischen Innen- und Außenpolitik gibt. Die Bundesrepublik Deutschland wird nur dann ihre Aufgabe als ein Faktor der Friedenssicherung und des Ausgleichs in der internationalen Politik meistern können, wenn sie innenpolitisch intakt ist; das heißt, wenn die Bundesregierung entschlossen eine Politik der Stabilität, des wirtschaftlichen Aufschwungs und des gesellschaftspolitischen Fortschritts auf allen Ebenen gewährleisten kann.

Neue Perspektiven für den Wohnungsmarkt

Die Devise lautet: "Wachstum und Aufschwung nach Maß"

Von Klaus Rusticus

In der Wohnungspolitik ist endlich mit den Veränderungen zu rechnen wie sie sich schon seit langem in der Praxis aufzwingen: Aus dem Eventualhaushalt sollen bis zu 150 Millionen DM für den sozialen Wohnungsbau und ferner Mittel bis zu 200 Millionen DM für den Wohnungsbau und Aufschließungsmaßnahmen zur Unterbringung von Angehörigen der Bundeswehr eingesetzt werden. Bundesjustizminister Heinemann (SPD) und Bundeswohnungsbauminister Lauritzen (SPD) wollen praktisch durch einen neuen Gesetzentwurf das soziale Mietrecht verstärken und damit - so ist zu hoffen - Bundesbürger in "Weißen Kreisen" vor der von manchen Hauseigentümern ausgelösten Willkür des "Hinaussetzens um jeden Preis" schützen.

"Frei" darf nicht unsozial sein

Der Zentralverband der deutschen Haus- und Grundeigentümer hat in seiner ersten Reaktion bereits den "legalen Kampf" gegen die Pläne einer Verstärkung des sozialen Mietrechts angekündigt. In ihrer Polemik erklärte der Zentralverband, CDU und CSU hätten sich offensichtlich auf wohnungspolitischen Gebiet "in die Hand sozialistischer Akteure" begeben. Er befürchtet, daß "durch die Hintertür die Zwangswirtschaft wieder eingeführt werden solle und daraus die Gefahr heraufbeschworen werde, die soziale Marktwirtschaft Schritt für Schritt zu dezinieren".

Diese Furcht wird vor allem dadurch genährt, weil die Bundesregierung die Frage der Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung in noch vorhandenen 31 "Schwarzen Kreisen" - darunter Hamburg, München, Köln, Düsseldorf, Bonn-Stadt, u.a. - bzw. deren Überführung zum "Weißen Kreis" noch einmal einer eingehenden Prüfung unterziehen will.

Es bedarf schneller Entschlüsse, um den sogenannten freien Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik nicht zum unfreiesten überhaupt zu machen. Diese These wurde im Rahmen einer eingehenden Untersuchung über "undurchsichtige Wohnungspolitik" im letzten Jahr in diesem Pressedienst aufgestellt. Die Gründe, die hierzu angeführt wurden, waren nichts anderes als das Resümee aus einer weitgehenden repräsentativen Befragung von Städten und Wohnungsunternehmen sowie von Fachministerien in Bundesländern. Es wurde außerdem in diesem Zusammenhang eine ziemlich umfassende Auswertung von Geschäftsberichten großer Wohnungsunternehmen vorgenommen.

Um einmal der unsachlichen ersten Kritik des Zentralverbandes der Haus- und Grundeigentümer zu begegnen, zum anderen aber auch zu belegen, daß die neuen Perspektiven, die nunmehr von der neuen Bundesregierung eröffnet werden, einzig und allein der wohnungsbaupolitischen Normalisierung sowie der Schaffung eines wirklich freien Wohnungsmarkts dienen werden, sollen an dieser Stelle lediglich einige der seinerzeit angeführten Gründe aktualisiert werden.

Gegen rigorose Preisauftriebstendenzen

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der deutsche Wohnungsmarkt der Bewirtschaftung und einer gesetzlich fundierten Mietpreisregelung unterworfen, um rigorosen Preisauftriebstendenzen Einhalt zu gebieten. Dieser wohnungspolitische Dirigismus wurde erst durch den Übergang zum sogenannten freien Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik beendet. Allerdings entstanden bald darauf wieder z.T. unerwartet rigorose Preisauftriebstendenzen.

Das war zwar nur bei einem verhältnismäßig kleinen Kreis von Hauswirten der Fall, doch diese negativen Beispiele machten besonders in großen Städten Schule. Insofern dürften die heutigen Kritiker auch in den großen "Schwarzen Kreisen" eine Art von unerwünschten Mietpreisschranken erblicken, wenn ihre Überführung in "Weiße Kreise" - durchaus begründet - hinausgezögert werden sollte.

Das wirkliche Wohnungsdefizit

Das regierungsamtlich zugrundegelegte Wohnungsdefizit (Zahl der Wohnungen zur Zahl der Haushaltungen mit der Grenze von 3 Prozent) für die jeweilige Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung und auch statistisch errechnete Zahlenwerte beflügelten - leider nur rein theoretisch - die Tendenz zur freien Finanzierung im Wohnungsbau.

Das war - wie Länderregierungen und auch große Wohnungsunternehmen wiederholt zu bedenken gaben - hypotetisch.

In Wahrheit war und ist das Verhältnis zwischen Wohnungsangebot und Nachfrage in vielen "Weißen Kreisen" heute ein dermaßen ungesundes, daß geringe Aussicht bestehen würde, zu einem einigermaßen zufriedenstellenden freien Wohnungsmarkt zu gelangen, wenn nicht der soziale Wohnungsbau wieder aktiviert werden sollte.

Auswirkungen für die Bauwirtschaft

Durch die Kapitalverteuerung, die der Kürzung der öffentlichen Wohnungsbau Mittel folgte, wurde die freie Finanzierung zu einem großen Risiko. Sie mußte zu einer Kostomiete führen, die für den Durchschnittsmieter unerschwinglich war. Es trafen somit mehrere negative Tendenzen zusammen, und das führte bereits zu deutlichen Einbußen in der Bauwirtschaft. Bauträger vergaben von 1966 nach 1967 keine oder nur unbedeutende Anschlußaufträge. Allein der Überhang von 730 000 genehmigten Wohnungen verhinderte zum Jahreswechsel 1966/67 ein Fiasko in der Bauwirtschaft.

In Zukunft keine Schwarzmalerei

Gelingt es dem neuen Wohnungsbauminister gemeinsam mit den Ländern soziale Wohnungsbau Mittel aus dem Eventualhaushalt gezielt (nicht nach Gießkannensystem) anzusetzen, dann sollte es möglich sein, die Bauwirtschaft wieder in Fluß zu bringen. Der konzentrierte Einsatz z.B. in schon aufgeschlossenen städtebaulichen Erweiterungsgebieten oder in Ballungsräumen, wie z.B. im Ruhrgebiet, eröffnet nicht nur neue Perspektiven, die Diskrepanz zwischen sozial akzeptablem Wohnungsangebot und Nachfrage schließen zu helfen und eine wirkliche Konsolidierung auf dem weiteren Wege zum freien Wohnungsmarkt herbeizuführen, sondern verläuft ganz im Sinne der "konzertierten Aktionen", wie sie Bundeswirtschaftsminister Schiller konsequent verfolgen will. Wachstum oder Aufschwung nach Maß heißt auch die Devise für die neue Wohnungspolitik, die im Grunde genommen eine Fortsetzung des im Rahmen der Lücke-Gesetzgebung eingeschlagenen Kurses ist, aber unter der Voraussetzung, durch das hektische Durcheinander dieser Gesetzgebung an ihrem Anfang entstandene Fehler zu beseitigen. Wohnungsbaupolitische Schwarzmalerei ist heute fehl am Platz. Statt noch nicht ausgereiften Plänen der Bundesregierung unsachliche, jeder praktikablen Erkenntnis widersprechende Polemik zu zollen, sollte sich der Zentralverband der deutschen Haus- und Grundeigentümer bereit finden, denjenigen in eigenen Reihen den Kampf anzusagen, die Preisauftriebenden erzeugten und auf dem Wege zum wirklichen freien Wohnungsmarkt große Schwierigkeiten bereiten. Jetzt wäre es an der Zeit, gemeinsam mit der Regierung wieder für "guten Kredit" zu sorgen.

Das politische Buch: Plädoyer für Europa

Großbritannien und die EWG

Von Egon C. Heinrich

Diesseits und jenseits des Ärmelkanals steht die Frage des möglichen Beitritts Großbritanniens zur EWG im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Mit ihrem Besuch in Bonn haben Premierminister Wilson und Außenminister Brown soeben die vierte Etappe im Rahmen ihrer Sondierungsgespräche mit den Regierungen der sechs EWG-Länder zurückgelegt. Nach dieser "Tour d'Europe" muß sich das Vereinigte Königreich entscheiden, ob es, wie schon 1961, einen offiziellen Antrag auf Aufnahme in den Gemeinsamen Markt stellen will. Voraussetzung für erneute Beitrittsverhandlungen ist für die Briten allerdings, daß sie nicht wieder mit einem Veto des französischen Staatspräsidenten rechnen müssen. Während sich fünf EWG-Länder mit Großbritannien im Prinzip über den Beitritt einig sind, scheint der französische Staatspräsident die Briten noch immer nicht reif für den Anschluß an die EWG zu halten.

In diesen Prozeß der Meinungsbildung hat sich nun der prominente liberale englische Politiker Lord Gladwyn mit seinem Buch "Plädoyer für Europa" *) eingeschaltet. Die deutsche Ausgabe ist soeben als Heft 12 der Schriften des Bildungswerks Europäische Politik im Europa Union Verlag erschienen. Lord Gladwyn, früher britischer Botschafter in New York und Paris, ist schon seit vielen Jahren einer der eifrigsten Verfechter des Beitritts seines Landes zur EWG. Die Tatsache, daß die überwiegende Mehrheit des britischen Unterhauses und der englischen Wähler eine Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften bejahen, dürfte nicht zuletzt auf sein Wirken zurückzuführen sein. An der Spitze mehrerer Feldzüge in Parlament und Öffentlichkeit kämpfte er für ein Europa unter Einfluß Großbritanniens. Im Sommer 1966 wurde die Kampagne für eine Europäische Politische Gemeinschaft gestartet, der sich sofort 150 Unterhausabgeordnete aus allen Parteien und zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens anschlossen.

*) "Plädoyer für Europa", von Lord Gladwyn, herausgegeben vom Bildungswerk Europäische Politik, Europa Union Verlag, Köln, 148 Seiten, broschiert DM 7,50.

Als Mitglied der Straßburger Beratenden Versammlung des Europarates und der Versammlung der Westeuropäischen Union kennt Lord Gladwyn auch sehr gut die Probleme und Schwierigkeiten der EWG und ihrer Mitgliedsländer sowie die nachteiligen Folgen der wirtschaftlichen Stellung Westeuropas in EWG und EFTA. Erst Mitte Dezember hatte der Politiker der WEU-Versammlung in Paris einen Bericht über Englands Beitritt in den Gemeinsamen Markt vorgelegt.

Das Buch soll keine gelehrte Abhandlung, sondern ein "politischer Traktat" sein. Der Lord wendet sich damit primär an seine noch nicht von der Notwendigkeit des EWG-Beitritts überzeugten Landsleute. Die Zahl der EWG-Gegner ist auf dem Inselreich nicht gering, wie die gegenwärtige Diskussion - vor allem innerhalb der Labour-Unterhausfraktion - zeigt. Lord Gladwyn ist weit davon entfernt, in Europa-Romantik zu verfallen. Er verfolgt vielmehr die Entwicklung Europas vom Mittelalter bis zur Gründung der EWG, um dann nach realistischer Prüfung des Für und Wider eindeutig für eine Europäische Politische Gemeinschaft unter Einbeziehung Großbritanniens zu optieren. Nach seiner Meinung wird die europäische Idee nach mehr als tausend Jahren bald verwirklicht oder Europa wird aus der Geschichte verschwinden.

Der Verfasser glaubt, daß die Lösung für Europas Zukunft nun durch die EWG und die ihr zugrundeliegende Konzeption der Integration und der Supranationalität gefunden wurde. Indem er für eine supranationale Gemeinschaft plädiert, die auch die Bereiche der Außen- und Verteidigungspolitik umfaßt, setzt er sich deutlich von de Gaulles "Europa der Staaten" ab. Er stellt dar, wie die EWG funktioniert; wie sie ausgebaut werden muß zu einer politischen Gemeinschaft; welche Folgen der Beitritt für Großbritannien haben würde; welche Bedeutung der atlantischen Partnerschaft zukommt und wie der Weltfrieden durch Integration mehrerer großer Regionen gesichert werden kann. Der Leser auf dem Kontinent hätte gerne gewußt, welche Alternative man in London bereithält, falls auch der zweite Beitrittsversuch scheitern sollte. Dazu sagt Lord Gladwyn nur, "daß man das Beste aus den anderen uns offenstehenden Möglichkeiten" machen wolle. Es ist gut, daß sich der Autor nicht auf die Frage EWG - England und auf die wirtschaftlichen Probleme beschränkt. Das leidenschaftlich und aus einer optimistischen Grundhaltung heraus geschriebene Buch will nicht nur in England den Willen zum Beitritt stärken, sondern alle Europäer von der Notwendigkeit der Einigung überzeugen.